

Pressemitteilung

Dr. Jürgen Martens MdB zum Dresdner Pegida-Vorfall

Berlin, 23.08.2018

Am vergangenen Donnerstag kam es in Dresden zu einem Vorfall, bei dem ein Kamerateam, das im Auftrag des ZDF drehte, am Rande einer Pegida-Demonstration von einem Pegida-Anhänger lautstark attackiert wurde und dann auf dessen Veranlassung hin von Polizisten für 45 Minuten an der weiteren Arbeit gehindert wurde. Der Ministerpräsident Sachsens stellte sich unmittelbar nach dem Bekanntwerden mit der Äußerung „die einzigen, die hier seriös auftreten“ seien die Polizisten. Der Innenminister konnte zunächst keinerlei bedenkliche Handlungsweisen der Polizisten erkennen und erklärte, die Polizei habe seine volle Unterstützung. Wie das Innenministerium dann gestern einräumte, handelt es sich bei dem fraglichen Pegida-Anhänger um einen Mitarbeiter des sächsischen Landeskriminalamtes.

Zu den Vorgängen äußert sich der rechtspolitische Sprecher der FDP im Deutschen Bundestag und stellvertretende Landesvorsitzende der sächsischen FDP Dr. Jürgen Martens wie folgt:

Schon das aggressive Auftreten des Pegida-Anhängers gegenüber dem Kamerateam befremdet, da hier keinerlei Störung ersichtlich ist, die von dem Kamerateam hätte ausgehen können. Wenn Polizisten anschließend die Personalien des Kamerateams feststellen, kann dies u.U. noch rechtlich gedeckt sein. Fraglich wird das Vorgehen der Polizisten allerdings angesichts einer Dauer von angeblich 45 Minuten, in der die Journalisten an ihrer Arbeit gehindert worden sein sollen.

Hier ist der Innenminister gefordert kurzfristig mitzuteilen, ob der genannte Vorwurf zutrifft und welche Gründe ein Festhalten der Journalisten über eine dreiviertel Stunde rechtfertigten. Die dafür nötigen Ermittlungen kann die Polizei zweifellos in einer Woche tätigen.

Die schnelle Solidarisierung des Ministerpräsidenten mit den Polizeibeamten könnte unter diesen Umständen als vorschnell zu werten sein. Soweit Herr Kretschmer ein seriöses Auftreten anspricht, ist dies mit Sicherheit kein geeignetes Kriterium zur Klärung der anstehenden Rechtsfragen.

Angesichts der jetzt bekannten beruflichen Tätigkeit des Pegida-Anhängers, stellt sich der Hinweis Kretschmers zu einem seriösen Auftreten in diesem Zusammenhang als ein fulminantes Eigentor dar.

Die schlimme Wirkung solcher vorschnellen und pauschalen Urteile, wonach die sächsische Staatsregierung ein teilweise bedenkliches Verhältnis zu Einschränkungen von Pressearbeit hat, kann Kretschmer auch nicht mehr beseitigen, wenn er jetzt zurückrudert und erklärt, nun sei ihm an einer Versachlichung der Diskussion gelegen.

Dies, so Martens weiter, hätte Kretschmer längst haben können.